

SP zieht Seeuferweginitiative zurück

Zürichsee. Die SP des Kantons Zürich hat ihre Initiative «Zürisee für alli» zurückgezogen. Sie unterstützt nun den Vorschlag der Kantonsregierung, wonach der Bau des Seeuferwegs mit einem jährlichen Fondsbeitrag vorangetrieben werden soll.

Martin Steinegger

Überraschende Wende im politischen Kampf um den Seeuferweg am Zürichsee: Die SP hat ihre Initiative «Zürisee für alli» zurückgezogen. Dies, nachdem die SP noch vor kurzem beteuert hatte, sie wolle an der Initiative festhalten. «Wir unterstützen nun den Gegenvorschlag der Zürcher Kantonsregierung», sagt SP-Kantonsrätin Julia Gerber Rüegg (Wädenswil) vom Initiativkomitee. Der Gegenvorschlag, den die Regierung als Reaktion auf die Initiative der SP vorgelegt hatte, sieht vor, dass künftig jedes Jahr 6 Mio. Franken aus dem Strassenfonds für Uferweg-Projekte budgetiert werden. 4 Mio. Franken davon sollen an den Zürichsee fließen. Dieser Gegenvorschlag war im August vom Zürcher Kantonsrat gutgeheissen worden.

Keine Volksabstimmung

Mit dem Rückzug der SP-Initiative eröffnet sich die Möglichkeit, dass der Uferweg-Fonds auch ohne Volksabstimmung umgesetzt werden kann. In nächster Zeit muss die Regierung auf Grundlage des Gegenvorschlages eine Gesetzesvorlage erarbeiten und diese dann dem Parlament zum Beschluss vorlegen. Wenn diese Vorlage durchkommt, ist der jährliche Millionenfonds für den Seeuferweg Realität. Diese Aussicht ist der Grund, weshalb die SP sich für einen Rückzug ihrer Initiative entschieden hat. Der Seeuferweg werde dadurch verbindlicher, betont Julia Gerber Rüegg. Ohne die Initiative der SP wäre dies nie möglich geworden, sagt sie weiter.

Ob dieser Plan aber aufgehen wird, ist unsicher. Denn auch wenn das Parlament dereinst Ja sagen wird zu einem fixen Budgetposten «Seeuferweg», bleibt den Gegnern nach wie vor die Möglichkeit, dagegen das Referendum zu ergreifen. Die FDP und der Verein «Fair», dem vor allem Haus- und Landeigentümer am Zürichsee angehören, kämpfen gegen einen Uferweg.

Ein Unsicherheitsfaktor ist (noch) die EVP. Sie hat ebenfalls eine Initiative für einen Seeuferweg eingereicht, die jedoch weniger scharf formuliert ist als jene der SP («Uferwege für alle»). Da der Gegenvorschlag der Regierung nur an die Initiative der SP gekoppelt ist, läuft die Initiative der EVP sozusagen auf einem eigenen Gleis. Wenn die EVP an ihrer Initiative festhält, dann wird diese im kommenden Frühling so oder so vor das Volk kommen. Gemäss Tobias Mani, Präsident des Initiativkomitees, will man im Verlauf des Oktobers eine Entscheidung fällen. In Politikerkreisen wird jedoch angenommen, dass die EVP ihre Initiative zurückziehen wird, um den Gegenvorschlag nicht damit zu konkurrenzieren.